

# HELFERKREIS ASYL KIRCHHEIM B. MÜNCHEN

KIRCHHEIM, 15.02.2017

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,  
sehr geehrter Herr Innenminister Herrmann,

wir Helferkreise engagieren uns in den örtlichen Flüchtlingshilfen und betreuen einzelne Flüchtlinge sowie Familien, alle mit oft schwer zu ertragenden Biographien und mittlerweile einer noch schwerer zu ertragenden Perspektive. Vielen dieser Schutzsuchenden droht trotz teilweise mehrjährigem Aufenthalt in Deutschland und guter Integration eine Abschiebung aufgrund einer Herkunft aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland.

Auch dann, wenn eine Abschiebung, wie im Falle der Senegalesen, derzeit nicht möglich ist, führt der Entzug oder die Verweigerung von Arbeitserlaubnissen zu einem menschenunwürdigen Leben der Asylsuchenden, verurteilt zur Langeweile und Untätigkeit. Sie fördern damit Desintegration, Anfälligkeit für extreme Positionen und die Gefahr des Abgleitens in Kriminalität.

Sie erschweren zudem eine mögliche Rückkehr, die mit einer guten Berufsausbildung nach dem 3+2 Modell wesentlich chancenreicher wäre als ohne Ausbildung. Das von Ihrer Partei geäußerte Argument, dass damit dem Nachzug weiterer Wirtschaftsflüchtlinge ein Riegel vorgeschoben werden solle, ist ohne eine Verbesserung der Perspektiven in den Herkunftsländern ohne jede Grundlage.

**Ihre Regierung hat die im Gesetz verankerte 3 + 2 Regelung für nicht und noch nicht anerkannte Geflüchtete weitgehend außer Kraft gesetzt und hebt dadurch den 2015 geschlossenen Integrationspakt mit der bayerischen Wirtschaft faktisch aus.**

Ihre rigorose Ablehnung von Arbeitserlaubnissen führt auch all die aufwändigen und kostenträchtigen Integrationsmaßnahmen wie auch unser Engagement ad absurdum. Sie widerspricht jeder Vernunft: Industrie, Handwerk, Handel, Pflege u.a. suchen händeringend nach lernbereiten Jugendlichen und hier in den Flüchtlingsunterkünften sind sie: motiviert, fleißig und bescheiden.

Nach Aussage von Herrn Peter Saalfrank, IHK Schwaben, sind zum Beispiel die afghanischen Flüchtlinge sogar die Idealbesetzung für Berufe der Gastronomie und der Logistik. Warum wollen Sie dieses Potential an Arbeitskraft und -willen nicht nutzen? Ein großer Teil der Handwerker, Betriebe und Firmen fühlt sich zusammen mit uns durch Ihre Politik regelrecht verprellt und reagiert mit völligem Unverständnis auf Ihre politische Entscheidungen.

Da die aktuelle Abschiebungspolitik laut Presseberichten und Aussagen des Flüchtlingsrates besonders in Bayern sehr aktiv betrieben wird, wenden wir uns auch mit unserem dringenden Appell für einen vorübergehenden Abschiebestopp von afghanischen Asylbewerbern an Sie:

Natürlich sind wir bereit, Entscheidungen zu akzeptieren, die auf einer sorgfältigen Einzelfallprüfung und einer realistischen Berücksichtigung der tatsächlichen Lage Afghanistans beruhen (sh. UNHCR Bericht vom Dez. 2016). Der Informationsaustausch der Helferkreise liefert aber deutliche Hinweise, dass die Entscheidungen, gerade bei jungen afghanischen Männern, wohl weniger den Einzelfall als die Tatsache der Herkunft aus einem sogenannten sicheren Herkunftsland zugrunde legen. Die Anhörungen werden so zur Farce und scheinen nur der Rechtfertigung der Abschiebep Praxis zu dienen. Den einzelnen Schicksalen der Flüchtlinge wird man so in keiner Weise gerecht.

Eine Abschiebung von Flüchtlingen ist nachvollziehbar, wenn diese straffällig geworden sind, nicht bereit sind, sich zu integrieren, mit unseren Werten zu leben oder diese zu akzeptieren.

Wir haben auch nichts gegen eine Rückkehrverpflichtung sobald sich die Lage Afghanistans nachhaltig verbessert hat, erwarten aber, dass Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse im Sinne des 3+2 Modell zugelassen werden.

Es ist uns völlig bewusst, dass die Abwanderung von Wählern zu Parteien am rechten Rand ein Problem und eine Herausforderung darstellen, der sich die politisch Verantwortlichen stellen müssen. Es kann aber nicht darum gehen, populistischen Strömungen nachzugeben oder Stammtischparolen zu bedienen. Es geht vielmehr darum rechtlich mit klaren und nachvollziehbaren Kriterien belegte Asylverfahren zeitnah zur Antragsstellung durchzuführen, eine wirksame und ehrliche Integrationspolitik zu betreiben und eine Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu betreiben, die den Menschen eine Zukunftsperspektive in ihren Heimatländern gibt.

Dem, was Sie eventuell von der rechtspopulistischen Seite zurückholen können, steht ein zu erwartender Verlust von Wählern Ihrer Partei gegenüber, die mit Ihrer Asylpolitik nicht mehr einverstanden sind, insbesondere nicht mit der moralisch äußerst fragwürdigen Politik der Abschiebung nicht anerkannter Flüchtlinge in das unsichere Bürgerkriegsland Afghanistan.

Hier stellt sich für viele Christen unter uns Helfern auch die Frage nach Ihrem Werteverständnis. Wie passt der christliche Anspruch im CSU Programm<sup>1</sup> zu der faktischen Behinderung von Integration und zu einer Abschiebepaxis, die Menschen bewusst zurück in eine mehr als ungewisse Zukunft und z.T. auch in unmittelbare Todesgefahr schickt?

**Wir fördern mit unserer ehrenamtlichen Tätigkeit die Integration der zu uns Geflüchteten, das vorurteilslose Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen und tragen damit ganz wesentlich zum Frieden in unserer Gesellschaft bei. Wir haben dies bisher gerne im Sinne unserer gemeinsamen Verantwortung für unsere Gesellschaft getan. Ihre gegenwärtige Politik verletzt und frustriert uns in den Helferkreisen zutiefst und wird unser freiwilliges Engagement auf Dauer torpedieren.**

Wir sehen Ihrer Stellungnahme gerne entgegen.  
Mit freundlichen Grüßen

---

<sup>1</sup> <http://csu-grundsatzprogramm.de/grundsatzprogramm-gesamt/#das-c>:

„Die Würde des Menschen ist oberster Grundwert und unmittelbarer Ausfluss des christlichen Menschenbildes. ...Sie verletzt dem Menschen Wert und Anspruch auf Achtung allein aufgrund seines Menschseins. ...Sie ist unveräußerlich und gilt für alle Menschen gleichermaßen. Der Schutz der Menschenwürde und die Gewährleistung der Menschenrechte sind uns erster Auftrag.“



